

13.12.18

Kurz berichtet

Streit um Kirchentarif für Stiftung Liebenau eskaliert

STUTTGART (KNA) - Der seit rund eineinhalb Jahrzehnten schwelende Konflikt um die Bezahlung der Angestellten der Stiftung Liebenau droht zu eskalieren. Die Mitarbeiterseite der Caritas und die Gewerkschaft ver.di sprachen am Mittwoch von Tarifflicht. Für Samstag wurde zu einer Demonstration vor der Stuttgarter Domkirche Sankt Eberhard aufgerufen.

Die Stiftung ist ein Sozial-, Gesundheits- und Bildungsunternehmen mit 7000 Mitarbeitern an rund 100 Standorten in Deutschland, anderen EU-Staaten und in der Schweiz. Bei einer Tochtergesellschaft der Stiftung soll ab 1. Januar die Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts aus der Satzung gestrichen werden. Als Folge blieben die Gehälter von rund 700 Beschäftigten dauerhaft auf deutlich niedrigerem Niveau, kritisierte die Caritas-Mitarbeiterseite. Sie warf Bischof Gebhard Fürst vor, die Änderung abgesegnet zu haben. Die Stiftung und das Bistum wiesen die

Vorwürfe zurück.

Die Mitarbeiterseite bestreitet, dass „die Liebenau als katholische Stiftung das Recht hat, je nach Gefallen das kirchliche Tarifrecht anzuwenden oder nicht“. Dass die bischöfliche Aufsicht diese Wahlmöglichkeit einräume, untergrabe „die gesamte Legitimation des kirchlichen Arbeitsrechts“. In einer kirchlichen Einrichtung werde auf dem Rücken der Beschäftigten gespart. ver.di sprach ebenfalls von einer „einseitigen Absenkung der Gehälter und dem dauerhaften Ausstieg der Liebenau aus den Tarifregelungen“.

Die Stiftung Liebenau betonte, durch eine Satzungsänderung entfalle für drei der zwölf Tochtergesellschaften die Bindung an die kirchliche Grundordnung und an das kirchliche Arbeitsrecht. Für die Arbeitsverträge der rund 800 Betroffenen ändere sich indes nichts. Nach wie vor ständen die Tochtergesellschaften unter kirchlicher Aufsicht.

Autonomes Fahren wird in Ulm erprobt

ULM (heo) - Ulm wird zum Testfeld für automatisiertes Fahren und die Vernetzung von Fahrzeugen. Ziel ist es, beim automatisierten Fahren die Vernetzung der Fahrzeuge, also den Datenaustausch untereinander, durch eine optimierte Infrastruktur zu verbessern. Acht Millionen Euro stellt die EU durch ihr Forschungsrahmenprogramm zu Verfügung, weitere zwei Millionen kommen von Partnern aus der Wirtschaft. Neben Ulm wird Verona zum Testfeld ausgebaut. Die Partner in Ulm

VW beruft neuen Audi-Chef Schot zum Konzernvorstand

INGOLSTADT (dpa) - Ein halbes Jahr nach der Verhaftung von Rupert Stadler hat Audi den Niederländer Bram Schot zum neuen



Vorstandschef ernannt. Der Aufsichtsrat der Konzernmutter Volkswagen berief Schot am Mittwoch zugleich in den Konzernvorstand in Wolfs-

Zähes GDL-Chef

Von Wolfgang Mulke

BERLIN - Auch nachdem fünf Tage lang verhandelt wurde und ein Warnstreik den Druck auf den Arbeitgeber Deutsche Bahn erhöht hat, war am Mittwochabend immer noch kein Ende des Tarifstreits in Sicht. Am Nachmittag hatten die Arbeitgeber einen neuen Einigungsvorschlag vorgelegt. Danach sollten die rund 160 000 Beschäftigten ab März nächsten Jahres, statt bis 2,5 Prozent mehr Lohn, 3,2 Prozent erhalten. Auch an anderen Stellen besserte die Bahn nach. Doch das neue Angebot hatte einen Haken. Es beinhaltete eine Laufzeit von 34 Monaten. Die Gewerkschaften wollten ursprünglich eine zweijährige Laufzeit.

Der Chef der Lokführergewerkschaft GDL, Claus Weselsky, wies die Offerte deshalb zurück. Das Angebot entspreche unter dem Strich dem früheren. „Es ist Taktiererei, ein Verschieben von Zahlen“, sagte er im Südwestrundfunk. Die Bahn versuche lediglich über eine höhere Zahl - 3,2 Prozent statt 2,5 Prozent - bei der angebotenen ersten von zwei Stufen den Eindruck zu erzeugen, dies sei ein besseres Angebot. „Wenn man allerdings auf 34 Monate Laufzeit geht, dann kommt man zu dem Schluss, dass beide Angebote gleichwertig sind.“ Zuvor hatte der GDL-Chef gesagt, der Arbeitgeber habe es in der Hand, ein verbessertes Angebot vorzulegen. „Sonst werden wir im Januar über weitere Schritte entscheiden.“

Weitere Zuspitzung

So blieb die Unsicherheit, ob sich die Reisenden auf neue Warnstreiks einstellen müssen. Die größere Eisen-